

Doppelte Standards (Syrien)

German Foreign Policy

26.02.2018

DAMASKUS/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit verstärktem politischem Druck sucht die Bundesregierung sich im Machtkampf um Syrien wieder stärker ins Spiel zu bringen. Im Hinblick auf die furchtbare Lage der Zivilbevölkerung in der heftig umkämpften Ost-Ghouta - einem Gebiet im Osten von Damaskus, das von einem Al Qaida-Ableger und mehreren mit diesem kooperierenden Milizen beherrscht wird - wirft Bundeskanzlerin Angela Merkel Syriens Regierung einen Krieg "nicht gegen Terroristen", sondern gegen die "eigene Bevölkerung" vor. Ähnliche Vorwürfe waren bereits während der Schlacht zur Rückeroberung Ost-Aleppos laut geworden; ihr fielen laut westlichen Quellen beinahe 3.500 Zivilisten zum Opfer. Vergleichbare Vorwürfe gegen die mit Beteiligung der Bundeswehr Krieg führende Anti-IS-Koalition sind niemals laut geworden; in deren Schlachten zur Rückeroberung Raqqas und Mossuls kamen mindestens 1.400 bzw. 9.000 bis 11.000 Zivilisten zu Tode. Doppelte Standards sind typisch für Politik und Medien in Kriege involvierter Staaten - vor allem dann, wenn diese vor einer politischen Niederlage stehen.

Kampf um die Ost-Ghouta

Mit einem neuen Vorstoß hat sich die Bundesregierung jüngst im internationalen Machtkampf um Syrien wieder ins Spiel zu bringen versucht. Anlass waren die Kämpfe um die Ost-Ghouta, eine Region östlich/nordöstlich von Damaskus, in der laut Schätzungen der Vereinten Nationen derzeit 400.000 Menschen leben. Es handelt sich dabei um eine der sogenannten Deeskalationszonen, deren Einrichtung Russland, Iran und die Türkei im vergangenen Jahr nach Gesprächen in Astana beschlossen haben. Die Versuche, die Deeskalation zu bewahren und ein neues Aufflammen des Krieges in der Ost-Ghouta zu verhindern, brachen zusammen, als nach einer Reihe kleinerer Scharmützel salafistisch-jihadistische Milizen am 14. November 2017 Angriffe auf Stellungen der Regierungstruppen in Harasta starteten, einer Stadt an der Grenze der von den Salafisten kontrollierten Region. Seitdem sind die Kämpfe nicht wieder zur Ruhe gekommen. Dabei sind die salafistisch-jihadistischen Milizen in der Ost-Ghouta dazu übergegangen, zivile Wohngebiete in Damaskus willkürlich mit Raketen zu beschießen, wobei mittlerweile dutzende Zivilisten zu Tode kamen. Gezielt attackiert werden nicht zuletzt Wohnbezirke mit christlichen Bevölkerungsteilen - offenkundig in der Absicht, unter Nicht-Muslimen Furcht und Schrecken zu verbreiten.[1]

Ein repressives Regime

Mit Blick auf den anhaltenden Beschuss der Wohngebiete in Damaskus hat die syrische Regierung unlängst eine militärische Offensive gestartet, die die Ost-Ghouta endgültig zurückerobern soll. Zu den vier Milizen, die das Gebiet kontrollieren, zählen eine, die direkt mit Al Qaida verbündet ist (Hayat Tahrir al Sham), und eine weitere (Ahrar al Sham), die schon seit Jahren immer wieder mit Al Qaida kooperiert; sie wird von der deutschen Justiz explizit als Terrororganisation eingestuft [2]. Eine dritte (Failaq al Rahman) distanziert sich zwar offiziell von Al Qaida, hat aber laut Berichten mit deren Ableger ein militärisches De-facto-Bündnis geschlossen, um sich in den Machtkämpfen zwischen den verschiedenen salafistisch-jihadistischen Milizen der Ost-Ghouta zu behaupten. Auch Experten, die sich prinzipiell gegen die Regierung von Bashar al Assad positionieren, räumen ein, dass die Milizen in der Ost-Ghouta ein repressives Regime errichtet haben, das die Einhaltung "konservativer Religionsgesetze" erzwingt und brutal gegen jegliche Opposition vorgeht. Mehrfach ist bestätigt worden - unter anderem von Amnesty International -, dass die Milizen Zivilisten an der Flucht hindern und sogar Personen inhaftieren, die lediglich den Wunsch äußern, das Kriegsgebiet zu verlassen.[3]

Ost-Aleppo, Mossul, Raqqa, Ost-Ghouta

Militärisch ähnelt die Lage in der Ost-Ghouta stark derjenigen, die schon die Rückeroberung Ost-Aleppos (Juni bis Dezember 2016), Mossuls (Oktober 2016 bis Juli 2017) und Raqqas (Juni bis Oktober 2017) prägte: Die Kämpfe, Luftangriffe inklusive, finden in dicht bebautem Gebiet statt; die Lage der Zivilbevölkerung ist furchtbar. In Aleppo kamen im Zuge der Rückeroberung laut Angaben des Atlantic Council - einer Organisation, die weder der Parteinahme für die Regierung Assad noch prorussischer Positionen beschuldigt werden kann - fast 3.500 Zivilisten zu Tode.[4] Der Schlacht um Mossul fielen laut einer umfassenden Recherche der Nachrichtenagentur AP - auch sie ist nicht für eine antiwestliche Orientierung bekannt - mindestens 9.000 bis 11.000 Zivilisten zum Opfer. AP kann nachweisen, dass mindestens 3.200 von ihnen unmittelbar durch Angriffe der US-geführten Anti-IS-Koalition zu Tode kamen; ein zweites Drittel der Opfer kam durch IS-Mörder ums Leben, während das dritte Drittel ins Kreuzfeuer geriet und die Todesschützen sich nicht zuverlässig zuordnen lassen.[5] Die Annahme ist erlaubt, dass nicht alle von ihnen dem IS entstammten. Der irakische Ministerpräsident Haidar al Abadi hatte lediglich 1.260 zivile Todesopfer eingeräumt; die Anti-IS-Koalition hatte die Zahl der Opfer ihrer Angriffe mit 326 angegeben.[6] In der Schlacht um Raqqa kamen laut Angaben der Organisation Airwars, die sich auf mehrfach dokumentierte Fälle stützt und deren Angaben daher zuweilen als zu niedrig kritisiert werden, mindestens 1.400 Zivilisten durch Bomben der Anti-IS-Koalition ums Leben. Dabei bezieht sich diese Zahl lediglich auf den Zeitraum von Juni bis Oktober 2017. Im gesamten Jahresverlauf kamen von den mindestens 2.878 Menschen, die durch Luftangriffe der Anti-IS-Koalition ihr Leben verloren, mehr als 80 Prozent in Raqqa zu Tode.[7]

"Schlimmer als Auschwitz"

Berlin hat die Angriffe auf Ost-Aleppo scharf verurteilt und verurteilt jetzt wieder die Angriffe auf die Ost-Ghouta. So hat Bundeskanzlerin Angela Merkel Ende 2016 den Regierungen Russlands, Irans und Syriens vorgeworfen, für "gezielte [!] Angriffe auf Zivilpersonen und Krankenhäuser" verantwortlich zu sein: "Das sind Verbrechen, die geahndet werden müssen." [8] In deutschen Medien war damals von einem "Genozid", einem "Vernichtungskrieg" oder sogar, die Shoah offen verharmlosend, davon die Rede, dass - so hieß es etwa - "Aleppo schlimmer als Auschwitz" sei. [9] Vorwürfe wegen der zivilen Todesopfer der Luftangriffe auf Mossul und Raqqa fehlten in der westlichen Politik vollständig, in den westlichen Medien weitestgehend; wäre auch in diesem Fall die Ahndung von Kriegsverbrechen gefordert worden, säßen nicht zuletzt die Bundeswehrführung und die Bundesregierung auf der Anklagebank - schließlich hat die Luftwaffe mit umfassenden Aufklärungsflügen eine zentrale Rolle für die Bombardements der Anti-IS-Koalition gespielt. Von einem "Vernichtungskrieg" ist erst jetzt wieder mit Bezug auf die Kämpfe um die Ost-Ghouta die Rede. [10] Kanzlerin Merkel hat vergangene Woche im Bundestag wörtlich behauptet, es handle sich dort um den "Kampf eines Regimes nicht gegen Terroristen, sondern gegen seine eigene Bevölkerung". [11] Zudem haben Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron einen Brief an den russischen Präsidenten Wladimir Putin geschrieben - mit der Behauptung, in der Ost-Ghouta sei die Zivilbevölkerung einem "unerreichten Maß an Gewalt" ausgesetzt. Moskau solle deshalb "das syrische Regime zur Vernunft" bringen. [12]

Vor der Niederlage

Doppelte Standards sind typisch für Politik und Medien in Kriege involvierter Staaten - vor allem dann, wenn diese wie die Bundesrepublik vor einer politischen Niederlage stehen. Berlin hatte seit dem Sommer 2011 auf den Sturz der Regierung Assad gesetzt, im Jahr 2012 gemeinsam mit Vertretern der syrischen Exilopposition einen Fahrplan zum Umbau des syrischen Staates erstellt - unter dem Titel "The Day After" [13] - und auch international im Rahmen der Staatengruppe "Friends of Syria" gezielt Vorbereitungen für die Zeit nach einem Umsturz in Damaskus getroffen [14]. Im August 2012 brüstete sich der Auslandsgeheimdienst (BND), einen "wichtigen Beitrag ... zum Sturz des Assad-Regimes" geleistet zu haben. [15] Tatsächlich aber ist der von Berlin erhoffte Sturz ausgeblieben. Einen ersten schweren Schlag hat den deutschen Wünschen der im Frühherbst 2015 gestartete russische Syrien-Einsatz verschafft. [16] Die Vorentscheidung ist dann in der Schlacht um

Aleppo gefallen, nach deren Ende Russland die Führung in den Verhandlungen um einen Waffenstillstand und um eine Lösung für den Krieg übernommen hat.[17] Kann die syrische Regierung die Ost-Ghouta zurückerobern, dann hätte sie ihre Position noch weiter konsolidiert, während der von Berlin unterstützte Teil der syrischen (Exil-)Opposition möglicherweise vor der abschließenden Niederlage stünde. Der Versuch, in letzter Sekunde das Ruder herumzureißen, erklärt die aktuelle politische Syrien-Offensive der Bundesrepublik.

[1] Gudrun Harrer: Assads Topgeneral vor den Toren der Ost-Ghouta. derstandard.at 21.02.2018. Aron Lund: Understanding Eastern Ghouta in Syria. irinnews.org 23.02.2018.

[2] S. dazu [Steinmeier und das Oberlandesgericht](#) und [Terrorunterstützer](#).

[3] Aron Lund: Understanding Eastern Ghouta in Syria. irinnews.org 23.02.2018.

[4] Atlantic Council: Breaking Aleppo. Washington, February 2017.

[5] Susannah George: Mosul is a graveyard: Final IS battle kills 9,000 civilians. apnews.com 21.12.2017.

[6] AP: Death toll in Mosul 10 times higher than acknowledged. cbsnews.com 20.12.2017.

[7] Julian Borger: US air wars under Trump: increasingly indiscriminate, increasingly opaque. theguardian.com 23.01.2018.

[8] Dirk Hoeren: Merkel verurteilt Russland und Iran. bild.de 16.12.2016.

[9] S. dazu [Die Schlacht um Mossul \(IV\)](#).

[10] Vernichtungskrieg. Frankfurter Allgemeine Zeitung 21.02.2018.

[11] Massaker unverzüglich beenden. bundesregierung.de 23.02.2018.

[12] Merkel und Macron schreiben an Putin. bundesregierung.de 25.02.2018.

[13] S. dazu [The Day After](#) und [The Day After \(IV\)](#).

[14] S. dazu [Im Rebellengebiet](#).

[15] Christoph Reuter, Raniah Salloum: Das Rätsel des deutschen Spionage-Schiffs. spiegel.de 20.08.2012.

[16] S. dazu [Konstanten westlicher Weltpolitik](#).

[17] S. dazu [Aleppo, Mossul und die Hegemonie](#) und [Vom Krisenstaat zum Gestalter](#).